



Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017

FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK

VORWORT

Am 24. September 2017 wird der 19. Deutsche Bundestag gewählt. Nach welchen Kriterien vergeben wir in diesem Rahmen unsere Stimmen und entscheiden so über die Bildung einer neuen Bundesregierung mit? Eine Frage könnte sein, ob sich die Parteien zu Geschlechtergerechtigkeit bekennen. Als Frauenrechtsorganisation haben wir bereits am Weltfrauentag ein klares frauenpolitisches Bekenntnis von den Parteien eingefordert.

„Für eine feministische Außen- und Asylpolitik!“ – unter diesem Motto veröffentlichte *medica mondiale* damals ihren [Forderungskatalog](#) zur Bundestagswahl 2017. Unsere zentralen Anliegen: Die zukünftige Bundesregierung soll sich im Rahmen deutscher Außen- und Asylpolitik konsequent für die Bekämpfung von sexualisierter Kriegsgewalt einsetzen und geflüchtete Frauen und Mädchen angemessen unterstützen.

In einem nächsten Schritt hat *medica mondiale* überprüft, ob diese Forderungen in die Wahlprogramme der Parteien aufgenommen wurden. Das Ergebnis wurde in Form von Programmchecks am 16. August 2017 auf www.frauenrechte-politik.info veröffentlicht. Die Analyse der Wahlprogramme hat gezeigt, dass eine Vielzahl unserer Forderungen nicht aufgegriffen wurde.

Daher hat *medica mondiale* sogenannte Wahlprüfsteine – also Fragen zur konkreten politischen Positionierung – an die Parteien gerichtet. Die Antworten der Parteien zum Thema Außenpolitik können Sie vollständig und im Wortlaut in diesem Dokument nachlesen. *medica mondiale* hat die Wahlprüfsteine an die Parteien geschickt, die laut aktuellen Umfragen¹ in den 19. Deutschen Bundestag einziehen werden. Die Reihenfolge der aufgeführten Parteien entspricht der Mandatsverteilung im gegenwärtigen Bundestag. Die AfD wurde nicht berücksichtigt. Für einen politischen Dialog mit dieser Partei fehlt *medica mondiale* jegliche Grundlage. Die sexistische und rassistische Haltung der AfD widerspricht von Grund auf unserem feministischen Selbstverständnis.

medica mondiale setzt sich seit 1993 für Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten ein. Dabei versteht sich die Organisation als Anwältin für die Rechte und Interessen von Frauen, die sexualisierte Kriegsgewalt überlebt haben. Neben gynäkologischer psychosozialer und rechtlicher Unterstützung bietet *medica mondiale* Programme zur Existenzsicherung und leistet politische Menschenrechtsarbeit.

¹ Vgl. Emnid, Forsa, INSA.

INHALTSVERZEICHNIS

02 Frauenrechte weltweit fördern

05 Unterstützung für Überlebende bereitstellen

08 Frauen an Friedensprozessen beteiligen

11 Nationalen Aktionsplan „Frauen, Frieden und Sicherheit“ umsetzen

14 Diplomatisches Engagement für Menschenrechte stärken

Impressum

V.i.S.d.P: Monika Hauser

Ansprechpartnerin: Jeannette Böhme | jboehme@medicamondiale.org

Foto: Stefanie Loos | [medica mondiale](http://medica.mondiale.org)

Gestaltung: Benjamin Helsper | www.klausebou.de

1 FRAUENRECHTE WELTWEIT FÖRDERN

Unsere Frage:

Wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode politisch dafür eintreten, dass Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik konsequent gefördert werden - dies schließt die Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ ein?

Antwort CDU:

Die unionsgeführte Bundesregierung hat die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ am 14. Juni 2017 beschlossen. Dazu gehört auch die konsequente Förderung der Frauen- und Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. Die Förderung von Frauen in den unterschiedlichen Berufsgruppen im Auslandseinsatz ist ein besonderer Fokus der unionsgeführten Bundesregierung.

CDU und CSU werden sich auch in der neuen Legislaturperiode für die konsequente Implementierung des zweiten Aktionsplans zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 einsetzen. Diese sieht unter anderem eine geschlechtergerechte Personalentwicklung in der Außen-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor.

Antwort SPD:

Die SPD tritt dafür ein, Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik weiter konsequent zu fördern. Mit den 2017 verabschiedeten Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, deren Entwicklung die SPD eng begleitet hat, liegt nun ein Kompass für eine moderne Friedensdiplomatie vor, an dem sich die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik in Zukunft orientieren sollte.

Bestandteil der Leitlinien sind konkrete Selbstverpflichtungen der Bundesregierung, unter anderem dazu, bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit auch die Ziele der Resolution 1325 und ihrer Nachfolgeresolutionen zu Frauen, Frieden und Sicherheit zu berücksichtigen.

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE setzt auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und völkerrechtlicher Mechanismen einer nichtmilitärischen Konfliktlösung – statt einer imperialen Politik des »Regime Change«, Drohnenkriegen und Militäreinsätzen. Die Mittel, die heute für militärische Interventionen ausgegeben werden, sollen für zivile Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme und die Entwicklungszusammenarbeit umgewidmet werden.

Dass Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit dabei als Querschnittsaufgabe konsequent gefördert werden, ist für uns selbstverständlich.

Antwort Die Grünen:

Wir haben es sehr begrüßt, dass die Leitlinien sich explizit auf die Resolution 1325 und deren Nachfolgeresolutionen beziehen. Wir fordern schon lange eine konsequente Umsetzung dieser Resolutionen.

Die Außen- und Entwicklungspolitik Deutschlands muss Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit achten und fördern.

Antwort FDP:

Wir Freie Demokraten verteidigen entschieden die universellen Menschenrechte. Das Geschlecht einer Person darf ihr nicht zum Nachteil gereichen. Wir setzen uns innenpolitisch für Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen ein und machen die Einhaltung von Frauenrechten und Geschlechtergerechtigkeit auch zur Grundlage unserer internationalen Politik. Die Leitlinie der Bundesregierung begrüßen wir, da auch für uns Freie Demokraten die Krisenprävention und die Friedensschaffung beziehungsweise Friedenserhaltung an oberster Stelle stehen. Aus diesem Grund lehnen wir beispielsweise auch Waffenexporte in Krisengebiete ab.

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein einheitliches Konzept einer wertorientierten, abgestimmten Außen-, Sicherheits-, Handels-, und Entwicklungspolitik ein, welches verstärkt auf Krisenprävention und Konfliktbewältigung als wichtigstes Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen setzt.

2 UNTERSTÜTZUNG FÜR ÜBERLEBENDE BEREITSTELLEN

Unsere Frage:

Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für den Aufbau ganzheitlicher Unterstützungs- und Schutzstrukturen für Überlebende sexualisierter Kriegsgewalt vor Ort sowie die soziale Anerkennung des ihnen angetanen Unrechts auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einsetzen?

Antwort CDU:

Die unionsgeführte Bundesregierung setzt sich auch für die strafrechtliche Aufarbeitung von sexualisierten Kriegs- und anderen Gewaltverbrechen sowie die umfassende Unterstützung von Überlebenden durch psychosoziale, rechtliche, medizinische und ökonomische Maßnahmen ein. Mit der Resolution 1960 (2010) wurde deshalb ein System eingeführt, das es erlauben soll, Straflosigkeit entgegenzutreten und Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Auch in diesem Zusammenhang setzt sich die unionsgeführte Bundesregierung für einen möglichst effektiven, funktionsfähigen, unabhängigen und damit glaubwürdigen Internationalen Strafgerichtshof ein.

Im Rahmen ihrer Projekte unterstützt die Bundesregierung zudem den Aufbau von Kapazitäten sowie Sensibilisierungs- und Aufklärungsmaßnahmen zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt. Die Unionsparteien setzen sich dafür ein, dass die Bundesregierung diese Arbeit in der nächsten Legislaturperiode fortsetzt.

Antwort SPD:

Der Schutz und die medizinische, psychosoziale und rechtliche Unterstützung für Opfer sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt sind wesentliche Ziele des Aktionsplans. Diese unterstützt die SPD voll und ganz. Die Unterstützung der SPD bezieht sich ebenso auf die Aufarbeitung der Verbrechen, die Strafverfolgung der Täter sowie auf die Wiedereingliederung der Opfer und den Wiederaufbau. Da sexualisierte Gewalt häufig als Kriegsstrategie eingesetzt wird, um die Bevölkerung zu demütigen und die Sozialstrukturen zu zerstören, ist die gesamte Gesellschaft betroffen und muss die Gewaltsituation und ihre Folgen aufarbeiten.

Individuelle Traumata werden oft auf nachkommende Generationen übertragen. Mit Qualifizierungs- und Hilfsprogrammen wollen wir die gesellschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen fördern und transgenerationalen Traumata entgegenwirken.

Antwort DIE LINKE:

Wir wollen vor jeder Form von geschlechtsspezifischer Gewalt schützen und hierzu langfristige und ganzheitliche Unterstützungs- und Schutzstrukturen vor Ort fördern. Dabei wollen wir psychosoziale Arbeit, Rechtsberatungen, Gesundheitsversorgung, ökonomische Existenzsicherung und Schutzstrukturen unterstützen und durch Gender-Trainings die Gesamtgesellschaft hinsichtlich spezifischer Menschenrechtsverletzungen an Frauen in Kriegs- und Nachkriegsstrukturen sensibilisieren.

Antwort Die Grünen:

Die UN-Resolution 1325 regelt für alle Mitgliedsstaaten der UN verbindlich neben Fragen der Partizipation, Prävention und des Peacebuilding auch den Schutz (die Protektion) von Opfern sexualisierter Gewalt im Kriegskontext. Den schweren seelischen Verletzungen und Traumatisierungen von Opfern sexualisierter Kriegsgewalt muss mit der notwendigen Sensibilität und Expertise begegnet werden. Dies gilt ebenso für die oft vorhandene gesellschaftliche Tabuisierung sexualisierter Gewalt, die es den Opfern erschwert, das Erlebte zu verarbeiten und darüber zu berichten.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland hierzu geeignete Strukturen schafft, die den Opfern professionelle Unterstützung und Schutz bieten.

Antwort FDP:

Wir Freie Demokraten werden im Rahmen unserer werteorientierten Menschenrechts- und Entwicklungspolitik auf die Probleme und Folgen sexualisierter Kriegsgewalt aufmerksam machen und im Dialog mit unseren jeweiligen Partnern vor Ort über wirksame Schutzstrukturen beraten. In Deutschland und Europa setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen entschieden und auf allen staatlichen Ebenen in Bund, Ländern und Kommunen, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten bekämpft wird.

Deutschland wird auch diese Aufgabe jedoch nicht isoliert und nicht im Alleingang schaffen zu lösen. Deswegen bauen wir auch in diesem Rahmen auf die Unterstützung und den gemeinsamen Ansatz mit unseren europäischen Nachbarn.

3

FRAUEN AN FRIEDENSPROZESSEN BETEILIGEN

Unsere Frage:

Wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode politisch dafür eintreten, dass Frauen an Friedensverhandlungen und Friedensprozessen gleichberechtigt beteiligt werden?

Antwort CDU:

Die unionsgeführte Bundesregierung hat sich in ihren Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ am 14. Juni 2017 verpflichtet, dass sie ihre Fähigkeiten im Bereich Mediation weiter ausbauen und sich in Zukunft verstärkt an Mediationsprozessen beteiligen wird.

„Sie achtet dabei insbesondere auf inklusive Dialogprozesse und auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen – sowohl auf der Seite der Verhandelnden als auch auf der Seite der Vermittelnden.“ CDU und CSU werden auch in der nächsten Legislaturperiode auf die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung achten.

Antwort SPD:

Die SPD wird mit großer Überzeugung dafür eintreten, dass im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Wiederaufbaus in Postkonfliktsituationen konsequent zivilgesellschaftliche Organisationen mit einbezogen und Frauen an Friedensprozessen und an der Friedenskonsolidierung beteiligt werden.

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE streitet gemäß der Resolution 1325 für die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an allen Friedensverhandlungen und an einem geschlechtergerechten Friedensprozess. Die Mitwirkung von Frauen und Mädchen am Friedensprozess trägt wesentlich zur Förderung des Friedens bei.

Antwort Die Grünen:

Wir haben die VN-Resolution 1325 und deren Nachfolgeresolutionen begrüßt und sehen die Einbeziehung von Frauen in Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung als absolut essentiell an.

Der Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution 1325 sieht für den Zeitraum 2017 bis 2020 zahlreiche – eher vage - Ziele und Maßnahmen vor. Wir wollen diese konkretisieren und wirkungsorientiert umsetzen.

Antwort FDP:

Wir Freie Demokraten begrüßen jede Art von weiblichem politischem Engagement und gleichberechtigter politischer Teilhabe. Für uns Freie Demokraten ist das Eintreten für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern auf jeder Ebene ein Kernanliegen.

Dementsprechend unterstützen wir auch die Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen und Friedensverhandlungen.

4 **NATIONALEN AKTIONSPLAN „FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT“ UMSETZEN**

Unsere Frage:

Wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode politisch dafür eintreten, dass der Nationale Aktionsplan 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ konsequent umgesetzt und mit einem eigenen Budget - einschließlich ausreichender finanzieller Ressourcen - ausgestattet wird?

Antwort CDU:

Die UN-Resolution 1325 hat Eingang in die deutsche Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Gleichstellungspolitik gefunden. Die unionsgeführte Bundesregierung hat Anfang des Jahres den zweiten Aktionsplan verabschiedet, um der Intention der Resolution gerecht zu werden. Demnach soll es bei den sechs thematischen Schwerpunkten Prävention, Beteiligung, Schutz, Wiederaufbau, Einsatzvorbereitung und Strafverfolgung bleiben, ergänzt um den neuen Schwerpunkt, die Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“. CDU und CSU treten dafür ein, dass der Aktionsplan auch in der nächsten Legislaturperiode konsequent umgesetzt wird.

Die Erstellung und Umsetzung des Aktionsplans 2017 bis 2020 ist Aufgabe der gesamten Bundesregierung. Sie stellt die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen ausreichend bereit. Es gibt jedoch kein eigenes Budget, weil die einzelnen Maßnahmen aufgrund des Ressortprinzips des Grundgesetzes aus den Einzelhaushalten der jeweils durchführenden Bundesministerien finanziert werden.

Antwort SPD:

Die SPD setzt sich seit Jahren für die Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ein und wird dies auch künftig mit allen Kräften tun. Die Kernziele der Resolution – politische Partizipation von Frauen und ihr Schutz vor Gewalt – sind in unserem Regierungsprogramm deutlich aufgegriffen. Dort heißt es: „Frauen müssen bei Verhandlungen sowie bei der Umsetzung von Friedensverträgen, Entwicklungsprogrammen und entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Friedensabkommen werden nur dann wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind. (...) Wir wollen, dass Frauen vor sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten besser geschützt werden und der zunehmende Einsatz dieser Art von Gewalt als strategisches Kriegsführungsinstrument deutlich geächtet und bestraft wird – auch international.“ Mit seinen Schwerpunktbereichen bündelt der Aktionsplan ein wichtiges Querschnittsthema der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Wir setzen uns für die konsequente und kohärente Umsetzung des Aktionsplans ein.

An der Formulierung und Umsetzung des Aktionsplans sind mehrere Ressorts beteiligt, insbesondere das AA, das BMZ sowie das BMFSFJ. In ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich fördern sie im In- und Ausland kurzfristig oder mehrjährig Projekte, die den Zielen der Resolution dienen. Die finanziellen Mittel hierfür entstammen den Einzelplänen der Ressorts. Inwieweit ein Gesamtbudget zur Umsetzung des Aktionsplans organisatorisch sinnvoll ist, muss geprüft werden.

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren für die (Weiter-)entwicklung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ein. Wir wollen, dass dieser sowohl querschnittsmäßig verankert als auch finanziell und personell dauerhaft gut ausgestattet ist. Eine fortlaufende Evaluierung anhand konkreter Indikatoren und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft muss aus unserer Sicht dabei Selbstverständlichkeit sein.

Die Bundesregierung hat seit Unterzeichnung der Verträge keine ausreichenden Schritte unternommen, um die Resolution wirklich umzusetzen.

Antwort Die Grünen:

Wir setzen uns dafür ein, den Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten und zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen in die Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung finanziell zu unterfüttern und wirkungsorientiert auszurichten. Denn die ernsthafte Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen ist kaum vorangekommen. Die Erkenntnis, wie zentral die Beteiligung von Frauen an der Mitgestaltung der eigenen Gesellschaft ist, hat sich noch nicht durchgesetzt.

So ist es immer noch gängige Routine, nach Beendigung eines Konfliktes Frauen nicht am Wiederaufbau zu beteiligen. Dabei belegen Zahlen, dass es eine 20 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit auf einen langanhaltenden Frieden gibt, wenn Frauen im Friedensprozess als Verhandlerinnen, Zeuginnen, Vermittlerinnen oder Unterzeichnerinnen beteiligt sind.

Antwort FDP:

Wir Freie Demokraten unterstützen den nationalen Aktionsplan 1325 ausdrücklich. Aus Sicht von uns Freien Demokraten ist es sehr wichtig, Frauen verstärkt in die Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung einzubeziehen und sie besser vor geschlechtsspezifischer und insbesondere sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten zu schützen.

Das schließt auch ausreichende finanzielle Ressourcen mit ein.

5

DIPLOMATISCHES ENGAGEMENT FÜR MENSCHENRECHTE STÄRKEN

Unsere Frage:

Wird Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode politisch dafür eintreten, dass an allen deutschen Auslandsvertretungen MenschenrechtsreferentInnen eingesetzt werden, die explizit beauftragt sind, den Nationalen Aktionsplan 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ vor Ort umzusetzen und für den Schutz von FrauenrechtsverteidigerInnen einzutreten?

Antwort CDU:

Deutschland engagiert sich für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte weltweit. Da dies eine Querschnittsaufgabe ist, ist grundsätzlich jeder Mitarbeiter insbesondere des höheren Dienstes des Auswärtigen Amtes mit dieser Aufgabe befasst. Daher ist nicht in jeder Auslandsvertretung ein eigener Menschenrechtsreferent oder Menschenrechtsreferentin notwendig. Das Auswärtige Amt stellt allerdings Mittel für die Förderung von Menschenrechtsprojekten zur Verfügung, die nach den Vorgaben des deutschen Haushaltsrechts verwendet und abgerechnet werden müssen.

Besonders wichtig ist für uns dabei die Finanzierung von Projekten zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Frauen, insbesondere auch die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten.

Antwort SPD:

Die SPD tritt dafür ein, dass an deutschen Botschaften und EU-Delegationen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benannt werden, die für Menschenrechtsfragen zuständig sind. Dies schließt die Umsetzung des Aktionsplans zur UN-Resolution 1325 mit ein. Laut der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern soll an jeder EU-Delegation ein für Menschenrechtsfragen zuständiger Liaison Officer tätig sein.

Dies ist nicht überall verwirklicht und muss sich ändern. Liaison Officers stellen das Bindeglied zwischen dem nationalen Menschenrechtsnetzwerk eines Landes und der EU dar. Eine besondere Herausforderung ist der Schutz von Frauen, die sich für Menschen- und Frauenrechte einsetzen.

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE unterstützt diese Forderung, da nur durch die Installation solcher Beauftragten sowie die aktive Partizipation der Frauen und Frauenorganisationen die Ziele der Resolution 1325 umgesetzt werden können.

Antwort Die Grünen:

Wir wollen in der Tat an allen deutschen Auslandsvertretungen menschenrechtliche Kontaktstellen einrichten. Bisher gibt es nur an vier Auslandsvertretungen explizite MenschenrechtsreferentInnen. Wir wollen, dass Deutschland sich in allen bi- und multilateralen Gesprächen entschlossen und unmissverständlich für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen (und damit selbstverständlich auch FrauenrechtsverteidigerInnen) ausspricht und die Bedeutung der Zivilgesellschaft für demokratische Prozesse hervorhebt. Die deutschen Botschaften müssen engen Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort pflegen und sich auch öffentlich für MenschenrechtsverteidigerInnen einsetzen.

Wir wollen, dass im Notfall schnell und zielgerichtet humanitäre Visa für gefährdete Personen vergeben werden. Die EU-Leitlinien zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen sollten von allen deutschen Diplomaten überall beherzigt, und auch vor Ort besser bekannt gemacht werden. Die Inhalte und die Umsetzung der UN-Resolution 1325 bzw. des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung sehen wir darüber hinaus als Aufgabe aller Abteilungen deutscher Auslandsvertretungen.

Antwort FDP:

Wir Freie Demokraten unterstützen den nationalen Aktionsplan 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ausdrücklich. Auch halten wir die Überlegung für unterstützenswert, dass es - wenn möglich und erforderlich - an allen deutschen Auslandsvertretungen MenschenrechtsreferentInnen geben soll.

Allerdings sollten sich diese nicht ausschließlich mit dem Aktionsplan beschäftigen, sondern auch andere wichtige Funktionen ausführen, die in den Bereich der Menschenrechte fallen.